FREIE WÄHLER

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer:	**STV/0366/2011**
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Datum:	13.09.2011

Amt:	Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon:	- AI -/1032
Verfasser/-in:	Heiner Geißler, FW-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	26.09.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:
Bericht zur Notstromversorgung in der Stadt Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 12.09.2011 -

Antrag:
„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten, welche Vorkehrungen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Gießen für den Fall von Großschadenslagen, Katastrophen und längeren Stromausfällen getroffen sind, um ‚kritische Infrastrukturen' aufrecht zu erhalten. Konkret bitten wir um Auskunft:

1. Gibt es für die Universitätsstadt Gießen eine Gefährdungsanalyse, eine Ableitung von Schutzzielen und eine Übersicht über die „kritischen Infrastrukturen"?
2. Welche Notfallpläne gibt es für den Bereich der öffentlichen Verwaltung, welche Dienststellen sollen für diesen Fall aufrecht erhalten werden mit welchem Personal und in welchen Räumlichkeiten etc.
3. Gibt es eine Notstromversorgung zum Betrieb der wichtigsten öffentlichen Gebäude der Stadt Gießen (z.B. Rathaus, Brandschutzwache etc.)?
4. Gibt es Abstimmungen / Vereinbarungen mit anderen Behörden (RP, Kreisverwaltung etc.) zur ggf. gemeinsamen Nutzung kritischer Infrastruktur im Falle längeren Stromausfalls bzw. einer Katastrophensituation?"

Begründung:
Nach dem Bericht der Bundesnetzagentur (in Auszügen als Anlage beigefügt) steigt das Risiko der Nichtbeherrschbarkeit von Störungsfällen im Stromnetz deutlich an.

Während das Risiko für die Netze im Sommerhalbjahr noch beherrschbar bleibt, wird sich das Risiko im Winterhalbjahr durch die typischerweise höheren Netzbelastungen deutlich erhöhen. Dadurch entstehen u. a. für das Rhein-Main-Gebiet große Probleme für die Spannungshaltung im Netz, so dass hier mit Stromausfällen im Winterhalbjahr zu rechnen wäre. Dies kann auch Auswirkungen auf Mittelhessen haben.
Daneben haben Behörden auch für längere Ausfälle oder Katastrophen (Winterstromausfall Niedersachsen im Jahr 2009, Hannover Juli 2011, West- und Südeuropa November 2006) Vorsorge zu treffen, um sog. "kritische Infrastruktur", die zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig ist (z.B. Arbeitsfähigkeit Verwaltungsleitung, Jugend, Ordnungsamt, Pressestelle, Feuerwehr etc.), arbeitsfähig zu halten.

Heiner Geißler
Fraktionsvorsitzender